

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

Die Stasi verfolgte die Entwicklungen und internen Auseinandersetzungen innerhalb der kirchlichen Oppositionsgruppen sehr genau und leitete daraus weitere Maßnahmen für die gezielte Bekämpfung Andersdenkender ab.

Die Kirchen in der DDR boten innerhalb der realsozialistischen Diktatur einige Freiräume, die besonders junge Menschen für sich nutzten. Neben selbst bewirtschafteten Räumlichkeiten besaßen die Kirchen eine staatliche Druckgenehmigung, die sie zur Herausgabe eigener Publikationen ohne vorherige staatliche Zensur berechnigte. Im Umfeld der Kirchen entstanden neben der gegen Wehrunterricht und Aufrüstung gerichteten Friedensbewegung ab Ende der 70er Jahre auch Umweltgruppen in der DDR. Diese wandten sich gegen die zunehmende Umweltverschmutzung ihres Landes und versuchten, sich selbst Informationen zu Umweltthemen zu verschaffen, die der SED-Staat der Öffentlichkeit bewusst vorenthielt.

In der Ost-Berliner Zionsgemeinde befand sich mit der Umweltbibliothek (UB) ein Versammlungsort für Oppositionelle, der zunehmend ins Visier der Stasi geriet. Die UB ermöglichte nicht nur einen Zugang zu westlicher Fachliteratur, sondern hier fanden auch Veranstaltungen statt und ihre Mitglieder produzierten Zeitungen im Selbstverlag.

Unter dem Decknamen Aktion „Falle“ führte die Stasi in der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 in der Umweltbibliothek eine Razzia durch. Geplant war, Aktivisten bei der Herstellung der Oppositionszeitung „Grenzfall“ zu ertappen. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ publizierte die Zeitung, die die Staatssicherheit wegen seiner kritischen Artikel als illegal einstufte. Durch eine kurzfristige Planänderung der Gruppe wurde der Druck jedoch verschoben und die Stasi traf stattdessen Mitglieder der Umweltbibliothek beim Drucken der kircheneigenen „Umweltblätter“ an. Den Oppositionellen gelang es, westliche Medien über die Razzia zu informieren und durch Mahnwachen und Protestveranstaltungen den Bekanntheitsgrad der Umweltbibliothek in Ost und West zu erhöhen. Die Aktion „Falle“ durchkreuzte damit letztlich das eigentliche Vorhaben des MfS, die Verbreitung kritischer Positionen in der Öffentlichkeit zu verhindern.

Die Abteilung XX des Ministeriums für Staatssicherheit thematisierte in einem Redemanuskript von 1988 die zunehmenden Aktivitäten der oppositionellen Gruppen und die Rolle der evangelischen Kirche. Neben der Aktion „Falle“ wertete sie hier auch die am 17. Januar 1988 zur Liebknecht-Luxemburg-Demo durchgeführte Aktion „Störenfried“ aus. Die Stasi schätzte die realisierten Maßnahmen gegen verschiedene „feindliche“ Gruppen insgesamt als erfolgreich ein und sah die „Autorität“ der DDR bekräftigt. Der „Klassenfeind unter dem Dach der Kirche“ sollte dem Bericht nach bekämpft werden, ohne dass der Kirche selbst dabei geschadet werde.

Signatur: BArch, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 4670, BL 44-59

Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung
Berlin
Rechte: BStU

Urheber: MfS
Datum: 11.5.1988

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

Abteilung XX

Berlin, 11. 5. 1988

BSTU
0044*Vollinhaltlich danach
Gen. Oberst Ehrhardt bestätigt.*

Die politisch-operative Lage auf dem Gebiet der politischen Unter-
grundtätigkeit - Erfahrungen und Wirksamkeit der staatlichen und
gesellschaftlichen Maßnahmen
(Zeitraum Oktober 1987 - 5. Mai 1988)

Die politisch-operative Lage auf dem Gebiet der politischen Unter-
grundtätigkeit war im Zeitraum von Oktober 1987 bis jetzt im
wesentlichen durch die staatlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen
im Rahmen der Aktionen "Falle" und "Störenfried" sowie die darauf
folgenden Reaktionen politisch-negativer Kräfte der Hauptstadt
und des Operationsgebietes geprägt.

Aufgrund der im Jahre 1987 erfolgreichen Aktivitäten der sozia-
listischen Staatengemeinschaft zur Stabilisierung der interna-
tionalen Lage, besonders in Hinsicht auf eine wirksame Ein-
schränkung der nuklearen Kriegsgefahr, wurden von reaktionären
feindlichen Kräften die Aktivitäten zur Störung einer realistischen
Entwicklung weltweit intensiviert.

Gerade auch in Hinsicht auf die positiven Wirkungen der gemein-
samen friedensfördernden Bestrebungen von SED und SPD, wie sie in
den Vorschlägen zu einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa
und dem gemeinsamen Dokument "Der Streit der Ideologien und die
gemeinsame Sicherheit" zum Ausdruck kommen, und nicht zuletzt durch
den Staatsbesuch des Gen. Honecker in der BRD, waren antisozia-
listische Kräfte im Operationsgebiet bemüht, ihre Basen und Ver-
bündeten in der DDR zu unterstützen und zu mobilisieren.

In erster Linie wurde darauf orientiert, die sich bietenden Mög-
lichkeiten des Mißbrauches der evangelischen Kirche für öffent-
lichkeitswirksame Aktivitäten politisch-negativer Kräfte im
stärkeren Maße zu nutzen. Deutlich wurde dies auch darin, daß
der illegal erscheinende "Grenzfall" zu offener, diffamierender
Hetze überging. Die Zeitung "Grenzfall", erstmals 1986 erschienen
mit einigen Exemplaren, gilt als Blatt der "Initiative" "Frieden

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0045

2

und Menschenrechte" und erschien im November 1987 bereits mit einer Höhe von 800 Exemplaren. In einem juristischen Gutachten zu dieser Zeitung "Grenzfall" wird der Nachweis angetreten, daß es sich um eine hetzerische Zeitung handelt und der § 106 StGB (Hetze) erfüllt wird. Dieses Blatt war inzwischen zum "Leitorgan" der negativen Kräfte in der DDR geworden. Er machte darauf aufmerksam, wann und wo welche Veranstaltungen stattfinden und wie welche Probleme und Positionen zu sehen sind. Der "Grenzfall" druckte "offene Briefe" an Mitglieder des Politbüros und an die Volkskammer (Krawczyk - Hager) ab, und diskriminierte Mitglieder der Regierung.

Durch eine zentrale Festlegung, die mit der Parteiführung abgestimmt war, sollte das Erscheinen des "Grenzfall" unterbunden werden. Denn inzwischen erreichten Exemplare Moskau, Prag, Warschau und Budapest. Daraufhin gab es eine Reihe von Gesprächen mit kirchenleitenden Personen mit der Aufforderung, die Herausgabe des "Grenzfalls" zu unterbinden, das weitere Erscheinen nicht zuzulassen. Jedoch alle Gespräche mit ihnen waren umsonst, so daß am 18. 11. 1987, es war eine Vorwarnung an die Kirche, Genossen der BV Berlin und des Magistrats in der "Umweltbibliothek" waren und mit dem Pfarrer Simon die Kellerräume besichtigen wollten, der zuständige Pfarrer Simon jedoch die im Keller mit der Herstellung des "Grenzfalls" beschäftigten Personen warnte und unsere Genossen unverrichteter Dinge wieder abziehen mußten. Am 19. 11. 87 wurde OKR Ziegler, als der verantwortliche Sekretär des Bundes der Ev. Kirchen der DDR, zum Staatssekretariat für Kirchenfragen bestellt. Dort erhielt er die Auflage, dafür zu sorgen, daß bis Montag, 21. 11. 1987, die Matrizen und die bereits hergestellten "Grenzfälle" freiwillig herausgegeben werden sollten. Ziegler nahm dies zur Kenntnis, setzte sich mit der Kirchenleitung der EKdBB in Verbindung. Hier gab es nun Amtsträger, die das bagatellisierten, die Informationen in Abrede stellten, sich zum Teil mit dem Inhalt des "Grenzfalls" identifizierten. Im Ergebnis legte man in der Kirchenleitung fest, den "Grenzfall" nicht herauszugeben, im

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU 3
0046

Gegenteil, der Druck des "Grenzfall" ging in der "UB" weiter, so daß am 24. 11. 1987 erneut, auf der Grundlage einer zentralen Entscheidung, aber auch auf der Grundlage eines E-Verfahrens gegen Unbekannt, der weitere Druck des "Grenzfalls" unterbunden werden sollte.

Im Ergebnis dieser Maßnahme wurde festgestellt, daß der "Grenzfall" in der "UB" hergestellt wurde. Die zur Herstellung notwendigen Matrizen wurden gefunden und 6 Maschinen beschlagnahmt. Die zentrale Vorgabe war, die weitere Herausgabe des "Grenzfalls" zu unterbinden. Das war mit dieser Maßnahme gelungen.

Im Zusammenwirken mit westlichen Journalisten und unter direkter Einflußnahme solcher bekannten Feinde der DDR wie Roland Jahn und Rüdiger Rosenthal wurde dann die DDR tendentiös informiert, wurden Anweisungen gegeben, wer, wie, wann, was und wo zu machen hatte, wurden öffentliche Aktionen, Versammlungen, Mahnwachen organisiert, immer darauf bedacht, daß diese Aktionen auch im West-Fernsehen gut zur Geltung kommen.

Die loyalen Kräfte innerhalb der Kirche, in Kirchenleitung und Gemeinden waren zu diesem Zeitpunkt zu schwach, um sich gegen den reaktionären Klüngel durchzusetzen. Die von der ev. Bruderschaft "Weißenseer Arbeitskreis" herausgegebenen "Weißenseer Blätter" vertraten eine reale und klare Position in dieser Situation. Sie reichte aber nicht aus, um das Verhältnis richtig darzustellen und entscheidend positiv innerhalb der Kirche zu beeinflussen.

Trotz der durchgeführten Maßnahmen müssen wir jedoch auch feststellen, daß bis zu diesem Zeitraum der harte Kern der Initiative "Frieden und Menschenrechte", die Herausgeber der Zeitschrift "Grenzfall", von uns nicht getroffen wurden. Sie hatten den Druck dieses Blattes "Grenzfall" zweit- bzw. dritrangigen Personen übertragen. Es waren keine Inhaftierungen der maßgeblichen Kräfte erfolgt, da vorerst keine Inhaftierungen vorgesehen waren. Der harte Kern existierte und wirkte weiter.

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0047 4

Im Rahmen der unter dem Dach und dem Schutz der Kirche vorgenommenen sog. Solidarisierungsveranstaltungen stellte sich die für den 10. 12. 1987 zum Tag der Menschenrechte gegenüber dem "Komitee für Menschenrechte" durch die "Initiative Frieden und Menschenrechte" initiierte geplante öffentlich-demonstrative Provokation als ein weiterer markanter Punkt in der vom Gegner verfolgten Zielstellung dar.

Einhergehend mit einer Vielzahl von Gesprächen des Staatsapparates mit kirchenleitenden Personen, enthaltend die Forderung, disziplinierenden Einfluß auszuüben, wurde durch eingeleitete operative und strafprozessuale Maßnahmen die Absicht der feindlich-negativen Personen vereitelt.

Die damaligen sog. Mahnandachten ausnutzend, wurde der an diesem Tag stattfindende "Gedenkgottesdienst" durch feindlich-negative Personen genutzt, ihre Angriffe gegen die Maßnahmen der Schutz- und Sicherheitsorgane fortzusetzen. Zum ersten Mal trat bei dieser Veranstaltung die AG "Staatsbürgerschaftsrecht" öffentlich in Erscheinung. In dieser Gruppierung hatten sich vorwiegend Übersiedlungsersuchende zusammengefunden, die sich intensiv darum bemühten, ihre egozentrischen Vorstellungen und Probleme als Verletzungen von Menschenrechten darzustellen und sich somit in die feindlichen Positionen der sog. "Friedens- und Menschenrechtsgruppen" einzubinden. Dies gelang vor allem mit Hilfe einiger Mitglieder der feindlichen Gruppierung "Frieden und Menschenrechte", besonders [REDACTED]. Bereits zu diesem Zeitpunkt gab es Vorstellungen zur Ausnutzung der Kampfdemonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 17. 1. 1988 für provokative Aktivitäten. Spätestens seit dem Jahreswechsel war das Vorhaben der AG "Staatsbürgerschaftsrecht" zum 17. 1. 1988 in allen operativ-relevanten Gruppen bekannt und stieß auf recht unterschiedliche Einschätzungen. Viele Mitglieder der sogenannten Basisgruppen, aber auch operativ bekannte Personen wie [REDACTED] erklärten "taktische Bedenken" gegen die vorgesehene provokative Aktion, obwohl sie sich inhaltlich nicht davon distanzierten. Andere politisch-feindliche Personen, wie Stephan

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0048 5

Krawczyk oder Vera Wollenberger hatten schon langfristig Vorstellungen für ein eigenes provokatives Auftreten am 17. Januar entwickelt, die sich im wesentlichen mit dem Vorhaben der AG "Staatsbürgerschaftsrecht" deckten. Über solche Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit wie Ralf Hirsch und Bärbel Bohley wurden Vertreter der Westmedien über die zu erwartenden Aktivitäten informiert. Diese sahen eine günstige Gelegenheit, die von ihnen besonders publizierten Probleme der Übersiedlungersuchenden mit der auch für die BRD-Öffentlichkeit nicht immer unproblematischen Berichterstattung über sogenannte "Friedens-, Ökologie-, Menschenrechts- und Zwei-Drittel-Welt-Kreisen" zu verbinden und propagandistisch in ihrem Sinne auszuschlachten.

Es ist zu erwähnen, daß unsere Partei- und Staatsführung rechtzeitig von den Plänen und Absichten dieser gegnerischen Kräfte vom MfS informiert wurde, so daß entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden konnten, die ein breites Zusammenwirken mit gesellschaftlichen Kräften, den Einsatz der DVP und die Realisierung spezifischer politisch-operativer Maßnahmen des MfS beinhalteten.

Durch entschlossenes und umsichtiges Handeln der eingesetzten Kräfte konnten die rechtzeitig erkannten Provokateure an der Ausübung ihrer Vorhaben gehindert werden. Auch wenn die zu diesem Tag bestellten westlichen Reporter mit ihren Kameras pünktlich vor Ort als auch im Hinterland waren, konnten sie ihre Erwartungen nicht wie gewünscht befriedigen, da zum Beispiel Maßnahmen der Zuführung durch gesellschaftliche Kräfte im wesentlichen abgedeckt wurden und somit nicht öffentlichkeitswirksam waren. Alle eingesetzten Kräfte lösten die ihnen übertragenen Aufgaben diszipliniert mit hoher Initiative und Einsatzbereitschaft. Die gesellschaftlichen Kräfte der Partei als auch die Mitarbeiter des Bereiches Innere Angelegenheiten stellten ein hohes Maß an Klugheit und Kämpfertum unter Beweis.

Im Ergebnis der Sicherungsmaßnahmen am 17. 1. 88 zur Verhinderung der geplanten Provokation wurden ca. 105 Zuführungen vorgenommen.

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0049 6

Die Situation nach dem 17. 1. 1988 war gekennzeichnet dadurch, daß wir in der DDR eine enorme Zunahme von Mahnwachen, Solidaritätsveranstaltungen, -bekundungen und Gottesdiensten hatten. Es gab hier eine zunehmende Teilnahme von religiös gebundenen DDR-Bürgern, die eigentlich mit der Sache gar nichts zu tun hatten, die aber aufgrund von vorhandenen Solidaritätsgefühlen in die Gottesdienste liefen. Während dieser Zeit kamen bis zu 2500 Personen zu einem Gottesdienst, an dem sonst nur ca. 150 - 200 Besucher teilnahmen.

Das alles blieb nicht allein auf Berlin beschränkt, sondern auch in Leipzig, Dresden, Weimar, Erfurt, Jena, Wismar, Greifswald, Rostock, d. h. in ca. 40 Städten der DDR, gab es organisierte Provokationen.

Die gegen die staatliche Sicherheit und Ordnung gerichteten feindlichen Handlungen der Führungskräfte PUT, unterstützt und gesteuert durch Agenturen des Feindes, bargen die Gefahr einer weiteren Eskalation in sich und erforderten Gegenmaßnahmen.

So wurde festgelegt, da der harte Kern der Initiative "Frieden und Menschenrechte" zu weiteren feindlichen Handlungen bereit war, diesen am 25. 1. 1988 festzunehmen (Hirsch, 2x Templin, Bohley, Fischer, Klier, Wollenberger, Vera).

Zu diesem Zeitpunkt muß man unbedingt die außenpolitische Situation sehen: Die DDR war nach dem 17. 1. 1988 und besonders nach dem 25. 1. 1988 einem besonders starken außenpolitischen Druck ausgesetzt. Er setzte besonders, eingeleitet durch die SPD, durch leitende Funktionäre dieser Partei, durch andere Regierungskreise ein, die zum Teil gar keine Ahnung von der innenpolitischen Situation in der DDR hatten.

Es wurden Informationen in der Welt verbreitet, als wenn die DDR einen Kampf gegen die Religion, gegen die Kirche führen würde. Das war ja gar nicht der Fall, wir haben immer wieder erklärt, unsere Maßnahmen richten sich nicht gegen die Kirche (die Inhaftierten waren ja auch nicht Mitglieder der Kirche - außer Hirsch). Aber erklären ist die eine und die Westpropaganda die andere Seite. Dieser enorme außenpolitische Druck nahm zu. Mit

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0050

7

den geschaffenen Möglichkeiten der Übersiedlung in das NSW bzw. der Ausreise mit Reisepässen der DDR wurde dem Gegner der Wind aus den Segeln genommen, da einer weiteren Heroisierung dieser Personen durch den Westen mit dieser politischen Entscheidung die Grundlage entzogen war. Wir haben sie damit, wie der Genosse Minister sagt, zu ihren Auftraggebern zurückgeschickt. Nüchtern betrachtet haben wir es nicht nötig, wegen diesen Personen die innenpolitische Situation zu belasten.

Obwohl es sowohl innerhalb als auch außerhalb des Organs unterschiedliche Auffassungen zu den gegenüber den Provokationen eingeleiteten Maßnahmen gibt, zeigt sich immer deutlicher:

- insgesamt waren die eingeleiteten operativen strafprozessualen sowie staatsrechtlichen Maßnahmen ein Erfolg,
- der harte Kern innerer Feinde wurde entfernt, zersetzt, gestört bzw. verunsichert,
- die Autorität und der Wille des Staates wurde bekräftigt, daß es bei uns keinen Boden für antisozialistische Veränderungen, für pluralistische Reformen u. ä. gibt,
- feindlich-negative Personen wurden verwarnt bzw. diszipliniert,
- die innere Sicherheit der DDR wurde gewährleistet und weitergehende feindliche Pläne zerschlagen,
- die Reaktion der Feinde der DDR zeigte, daß diese empfindlich getroffen sind, daß Illusionen geplatzt sind, man könne in der DDR konterrevolutionäre Tätigkeit breit entfalten und antisozialistische Kräfte legalisieren.

Mit diesen Maßnahmen wurde ein Optimum erreicht, viel mehr war nicht möglich, vieles wird nicht wiederholbar sein. Jetzt kommt es darauf an, die sich in Bewegung befindlichen feindlich-negativen Kräfte, besonders die Übersiedlungersuchenden, zurückzudrängen, keine weiteren Zuspitzungen zuzulassen und öffentlichkeitswirksame Provokationen vorbeugend und konsequent zu unterbinden.

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0051 8

Dazu sind weitere Sicherungseinsätze und die verstärkte Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte unumgänglich.

Mit dem Weggang der Personen entstand im politischen Untergrund ein desolater Zustand in der Führung und Leitung. Personen aus der 2. und 3. Reihe versuchen, sich zu profilieren, sie versuchen, die Führung zu übernehmen. Hier kommt es darauf an, dies rechtzeitig zu verhindern.

Wir schätzen ein, daß nach dem Weggang erstgenannter Kräfte es weniger Aktivitäten gibt. Die Lage auf diesem Gebiet hat sich wesentlich beruhigt. Trotzdem darf nicht außer acht gelassen werden, daß gegnerische Kräfte emsig bemüht sind, die gegen unsere Gesellschaft gerichteten Angriffe fortzusetzen. Dabei spielen die unter dem Deckmantel der Kirche und der Religionsfreiheit unternommenen Aktivitäten feindlicher Einrichtungen und Personen des Operationsgebietes in Verbindung mit antikommunistischen Führungskräften der westlichen Politprominenz und der westlichen Medien zur Unterstützung der politischen Untergrundtätigkeit weiterhin eine dominierende Rolle. Durch die gegenwärtig im NSW aufhältigen Führungskräfte der politischen Untergrundtätigkeit werden enge Rückverbindungen zu den in der DDR befindlichen negativ-feindlichen Gruppierungen unterhalten, insbesondere um Einfluß auf neue strukturelle und theoretische Überlegungen zu sichern.

Dabei bestehen intensive Kontakte sowohl zu Mitgliedern der "Initiative für Frieden und Menschenrechte" als auch zu Personen der "Kirche von unten" und der "Umweltbibliothek".

Sich gegenwärtig abzeichnende differenzierte Auffassungen und Kontroversen zwischen den im NSW befindlichen PUT-Personen, die auf die unterschiedlichen Verhaltensweisen von Exponenten des politischen Untergrundes im Zusammenhang mit dem 17.1.1988 und dessen Nachfolgeereignisse zurückzuführen sind, bieten an sich gute Ansatzpunkte, um die eingeleiteten Differenzierungsmaßnahmen offensiv fortzuführen und eine Zurückdrängung der Wirksamkeit von Kräften des politischen Untergrundes zu erreichen.

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0052

9

In bezug auf die Situation in der Hauptstadt ist weiterhin die Feststellung zu treffen, daß sich innerhalb als auch zwischen den operativ-bekannten negativ-feindlichen Gruppierungen des politischen Untergrundes die Diskussionen und Auseinandersetzungen über Inhalte, Strukturen und Vorgehensweisen ihrer Tätigkeit fortsetzen. Die zum Teil gegensätzlichen Auffassungen der einzelnen Gruppen werden offensichtlich beeinflusst von

- ihrem Wirken und ihrem Auftreten während der Aktionen "Falle" und "Störenfried",
- der Wertung persönlicher Beteiligungen bzw. ihrer subjektiven Auslegung,
- dem Verhalten von Gruppenmitgliedern während und nach o.g. Aktionen, insbesondere den in der BRD befindlichen Personen seit ihrer Ausreise,
- den weiterhin durchgeführten offensiven staatlichen Maßnahmen und den tatsächlichen bzw. vermuteten Gefährdungen bzw. Auswirkungen auf die Gruppen/Gruppenmitglieder,
- dem Verhältnis zu kirchenleitenden Personen, insbesondere der Leitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg.

Es ist weiterhin zu verzeichnen, daß sich in den Gruppen bemüht wird, die Ereignisse der letzten Wochen zu verarbeiten, zu bewältigen und eine Neuorientierung zu finden, wobei sowohl strukturelle und organisatorische Probleme als auch inhaltliche Aspekte eine Rolle spielen. Nicht unwesentlich dabei ist das Verhältnis zu den in der BRD lebenden Personen des politischen Untergrundes, da sich hier Abgrenzungserscheinungen und persönliche Differenzen andeuten, begründet auf für die Friedensbewegung in der DDR sich nachteilig auswirkende Äußerungen dieser Personen in westlichen Medien.

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0053

10

Innerhalb der einzelnen Gruppierungen ist nach den vorliegenden Erkenntnissen die Situation folgendermaßen einzuschätzen:

Durch die Mitglieder der "Initiative für Frieden und Menschenrechte" wird eine kontinuierliche Weiterarbeit angestrebt, so finden relativ regelmäßig Treffen der in der DDR verbliebenen Personen statt, bei denen sich wiederholt zu den zukünftigen theoretischen Inhalten der Initiative und deren Struktur ausgetauscht wird. Auf der Grundlage eines sogenannten "Konsenspapiers" wird der abgestimmten Arbeit der einzelnen vorgesehenen Arbeitsgruppen großer Wert beigemessen; mit deren Ergebnissen soll der Dialog mit anderen Gruppen des politischen Untergrundes geführt werden.

Ausgehend von den vorliegenden Hinweisen ist die Annahme gerechtfertigt, daß damit die Initiative eine Führungsrolle gegenüber anderen PUT-Gruppen einzunehmen beabsichtigt.

Seitens der "Kirche von unten" sind Bestrebungen erkennbar, eine arbeitsfähige Struktur zu bilden und zugleich eine überörtliche Wirksamkeit zu erreichen (wie vorgesehene Teilnahme mit eigenen Beiträgen an Kirchentagen in Halle und Jena). Personen wie [REDACTED] (XX/7) und [REDACTED] (KD Friedrichshain) sind verstärkt bemüht, eine Führungsposition einzunehmen.

Ausgehend von den mit der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg geführten Gesprächen fühlt man sich als Gruppe anerkannt, zumal die Zusage für eigene Räumlichkeiten gegeben sei. Unzufriedenheit herrscht bei den Führungskräften über die Inaktivität und Konzeptionslosigkeit sowohl von Mitgliedern der eigenen Gruppe als auch seitens "Kvu-Vertretern" anderer Bezirke. Zur Zeit ist keine eindeutige inhaltliche Ausrichtung erkennbar.

Durch die "Umweltbibliothek" wird an der Fortsetzung einer sogenannten normalen Arbeit festgehalten. Man ist bestrebt, als zentraler Anlaufpunkt für DDR-Interessenten als auch für ausländische Besucher zu gelten. Dabei wird in der inhaltlichen Aus-

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0054

11

gestaltung von Veranstaltungen weiterhin politischen Themenstellungen und der sogenannten Szenen-Kultur Aufmerksamkeit gewidmet (z. B. sog. Swapo-Abend, Veranstaltungen zum jiddischen Lied).

Im Führungskreis der "UB" ist das Bestreben vorhanden, eine kontinuierliche Arbeit zu leisten, wobei ausgehend von z. T. mangelhaften inhaltlichen Aussagen der Themen bzw. ihrer Gestaltung und strukturellen Differenzen innerhalb des Führungskreises dies nicht gesichert werden kann. Dies führte dazu, daß sich der UB-Kreis wiederholt zur eigenen Struktur auseinandersetzte. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen wurde erneut die diktatorische Haltung des [REDACTED] (XX/4) deutlich. Insgesamt besteht eine ausgeprägte Unzufriedenheit der Mitglieder sowie diverse Streitigkeiten und "Machtkämpfe", vorrangig zwischen [REDACTED] und [REDACTED] (XX/4). Ausgangspunkt dafür ist die Ablehnung des sog. Archeprojektes [REDACTED], wozu durch [REDACTED] innerhalb des UB-Kreises ein "Unvereinbarkeitsprinzip" gefordert wurde.

Ausgehend von dem oftmals unsachlichen und intrigantenhaften Verhalten [REDACTED] und dem offensichtlichen nicht an ökologischen Problemen orientierten Interesse des [REDACTED] setzt sich der Differenzierungsprozeß im UB-Kreis weiter fort.

Weiterhin sehr große Aktivität zeigte die nichtstrukturelle Gruppierung, die sich mit Problemen der IWF-Jahrestagung im Sept. 1988 in Westberlin beschäftigt. Besonders durch [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED] wurde in mehreren Zusammenkünften auf eine gründliche theoretische Beschäftigung mit solchen Problemen wie:

- Rolle der sozialistischen Staaten,
 - kapitalistischer Weltmarkt,
 - IWF und Weltbank,
 - Entwicklung des Neokolonialismus,
 - Entwicklungshilfe
- gedrungen.

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0055
12

Diese Vorarbeiten sollen für die politisch-ideologische Motivierung der verschiedensten Basisgruppen für Protestaktivitäten im September genutzt werden.

Die vorgenannten Fakten und Beispiele verdeutlichen die gegenwärtigen Schwerpunkte, die sich aus der Bekämpfung des politischen Untergrundes in der Hauptstadt ergeben, wie

- die direkte feindliche Steuerung durch Institutionen und Personen des Feindes,
- die indifferente Haltung der Kirchenleitung zum Mißbrauch der Kirche sowie ihre eigenen sozialismus-feindlichen Positionen, die Kräften des politischen Untergrundes begünstigende Bedingungen bieten,
- die von Gruppen und Einzelpersonen des politischen Untergrundes ausgehenden, auf eine gesellschaftliche Veränderung ausgerichteten Handlungen.

Zur vorbeugenden Verhinderung und Einschränkung von gegen die soz. Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Angriffen, die sich im Komplex darstellen, einander bedingen, beeinflussen und ergänzen, sind auf Komplexität beruhende gesamtgesellschaftliche Maßnahmen zu realisieren. Die durch die DE der BV zu realisierenden Aufgaben haben dem Rechnung zu tragen, sie haben sich der von unserer Partei angestrebten Dialogpolitik mit allen Kräften guten Willens unterzuordnen und diese zu unterstützen.

Aus den im Rahmen der Aktionen "Falle" und "Störenfried" gewonnenen Erkenntnissen und Erfahrungen ergeben sich folgende Hauptrichtungen in unserer Arbeit:

- im engen, vertrauten Miteinander mit allen Kräften des politisch-operativen Zusammenwirkens ist sowohl auf kirchenleitende Persönlichkeiten als auch bis in die Gemeinden hinein darauf einzuwirken, der Kirche ihre Verantwortlichkeit zu verdeutlichen, die sie für die unter ihrem Dach befindlichen Gruppen trägt,

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0056

13

- den Einsatz gesellschaftlicher Kräfte zielgerichtet, koordiniert und offensiv zu gestalten, um die im wesentlichen öffentlichen Veranstaltungen der Gruppen unter dem Deckmantel der Kirche für eine polemische Auseinandersetzung zu nutzen und unter Führung der Partei die Werte des Sozialismus zu propagieren und gegen Verfälschungen und Darlegungen bürgerlicher Ideologien vorzugehen,
- die politisch-operative Arbeit dahingehend auszurichten, durch Differenzierungs- und Verunsicherungsmaßnahmen eine Zurückdrängung der Wirksamkeit feindlich-negativer Kräfte fortzusetzen. Ansatzpunkte zur Differenzierung sind sowohl zur inneren Zersetzung als auch zur Abgrenzung gegenüber Feindpersonen des Operationsgebietes aufzuklären, zu schaffen und zu nutzen.

Daraus ergeben sich die Schlußfolgerungen:

- Es kommt darauf an, weiter den Differenzierungsprozeß voranzutreiben und realistische Kräfte weiter zu stärken.
- Die Sammlung, Profilierung politisch-positiver Kräfte und deren Einflußnahme muß kontinuierlicher und sorgfältiger als bisher erfolgen. Es muß ständig mit ihnen gearbeitet werden. Synodale, Delegierte, gewählte Kirchenälteste müssen ihren ständigen staatlichen Partner haben (Unterstützung durch DE möglich).
- Die Unterstützung solcher progressiver Zusammenschlüsse, wie in Berlin der "Weißenseer Arbeitskreis" mit der Herausgabe der "Weißenseer Blätter", muß im größeren Maße erfolgen. Es muß angestrebt werden, diesen Kreis durch literarische Beiträge und durch Gesprächskontakte auf bestimmte Schwerpunkte hinzuweisen bzw. geschickt hinzulenken.
- Es muß uns gelingen, in den kommenden Monaten in den Kirchen und kirchlichen Medien der DDR und besonders in unserer KiBB die politischen Aktivitäten einzuschränken und die Dominanz religiöser Themen und die religiöse Betätigung kirchlicher Gruppen wieder herzustellen.

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0057

14

- Es kommt weiter darauf an, auswertbare Informationen zu erarbeiten, die die politisch-offensive Arbeit der Kreis- und Bezirksleitungen unterstützen und helfen, feindliche Angriffe zurückzudrängen und zu entlarven. Bei dieser Aufgabe sind alle Dienstseinheiten aufgefordert, mitzuarbeiten.
- Alle wesentlichen Veranstaltungen der Kirchen und Religionsgemeinschaften sind den Kreisleitungen der SED und den entsprechenden staatlichen Stellen (Abt. Inneres, Sektor Kirchenfragen) mitzuteilen. Hierbei sind überprüfte Angaben erforderlich, um Fehlentscheidungen zu vermeiden.
- Die im Jahre 1988 geplanten Kirchentage in Rostock, Halle, Görlitz und Erfurt haben auch wir durch die Verhinderung eines Mißbrauches negativer Kräfte u. a. "Kirche von unten" zu sichern. Erstmals werden die BL der SED die politische Führung der Absicherung dieser Großveranstaltungen übernehmen. Gesellschaftliche Kräfte werden stärker zum Einsatz kommen. Es wird mit unsere Aufgabe sein, sie zu dieser Aufgabe zu befähigen.
- Die Arbeit in das Operationsgebiet ist im Interesse der inneren Sicherheit weiter zu qualifizieren. Eine überregionale Arbeit, besonders bei den Ökologiegruppen, verstärkt sich. Durch die Einfuhr transportabler Meßgeräte aus dem Operationsgebiet werden im Raum der DDR, auf Straßen, Bächen, Flüssen, Mülldeponien Messungen vorgenommen, die durch die Westmedien zu einem geeigneten Zeitpunkt gegen die DDR verwandt werden, um grenzüberschreitende Aktionen vorzubereiten und durchzuführen. Es nimmt in der letzten Zeit in verschiedenen Städten der DDR die Bildung von Umweltbibliotheken oder Öko-Bibliotheken zu. Es kommt darauf an, beweiskräftiges, auswertbares Material zu erarbeiten über Inhalt und Tätigkeit dieser Kreise, über den Ursprung des Materials, das geeignet ist, auch in der Presse veröffentlicht zu werden. Die Agitation muß in unserer Presse verbessert werden. Genosse Honecker stellt hierzu auch die Forderung, ein klares beweisfähiges Material zu erarbeiten, was uns ermöglicht, auch auf Angriffe saubere Antworten zu geben, um vor der Weltöffentlichkeit bestehen zu können.

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0058

15

Gen. Generalmajor, Gen. Offiziere

Meine Aufgabe war es heute nicht, zu Problemen der ÜES zu sprechen. Da sich aber seit Jahresbeginn 1988 zunehmend ÜES unter das Dach der ev. Kirchen begeben und unter Ausnutzung der Halbherzigkeit maßgeblicher Vertreter der ev. Kirche Berlin-Brandenburg kirchliche Veranstaltungen zu ihren Zusammenkünften nutzen, möchte ich ein paar kurze Bemerkungen hier machen. Obwohl die Kirchenhierarchie offiziell gegen eine Übersiedlung aus der DDR in die BRD Stellung bezieht, stellt sie ÜES Räumlichkeiten zu deren Absprachen usw. zur Verfügung. Die gegenwärtigen sonntäglichen Aktivitäten einiger KD, der Abt. VIII und der Abt. XX sind vorwiegend auf die Unterbindung spektakulärer Aktivitäten von ÜES unter dem Dach der Kirche gerichtet. Zwischen den Aktivitäten der ÜES und den Kräften des PU bestehen Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Die grundlegenden Gemeinsamkeiten bestehen

1. in der nachweisbaren Außensteuerung, wobei insbesondere die Vertreter der Westmedien eine Rolle spielen
2. in der Ablehnung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR
3. im Agieren unter dem Dach und dem Schutzschild der ev. Kirche.

Gegenwärtig bestehen die Unterschiede und Gegensätze in Folgendem:

1. Während die ÜES ihren Protest gegen die sozialistische DDR durch den Versuch ihrer Ausreise demonstrieren wollen, orientieren die Kräfte des PU auf Verbleiben in der DDR und Schaffung einer inneren Opposition bis hin zur Veränderung der Gesellschaft von innen heraus.

Bericht über die Opposition im Bereich der Kirchen

BSTU
0059

16

2. Während die OES durch spontane und spektakuläre Aktionen ihre Ausreise erzwingen wollen, orientieren z. Z. die Kräfte des PU auf längerfristige Vorhaben mit dem Nahziel der Erzwingung ihrer Legalität auf dem Boden der DDR. Dies bedeutet jedoch keinesfalls, daß seitens der PU keine spektakulären feindlichen Aktivitäten zu erwarten sind.
3. Während die OES möglichst schnell die DDR verlassen wollen, orientieren maßgebliche Kräfte des PU auf die Wiedereinreise ihrer im Zusammenhang mit den Januarereignissen 1988 in die BRD ausgereisten Rädelsführer. Dabei wird der 6. August 1988 als Stichtag angesehen.

Um die eine wie die andere Angriffsvariante des imp. Klassen-
gegners wirksam bekämpfen zu können, um den Feindangriff unter
dem Dach und dem Deckmantel der Kirche wirksam entgegen zu
können, bedürfen wir neben der politisch-operativen Arbeit aller
Diensteinheiten und dem Einsatz gesellschaftlicher Kräfte der
Unterstützung der Kirche selbst.

Wir stehen somit gegenwärtig und künftig vor der komplizierten
Aufgabe, den Klassenfeind unter dem Dach der Kirche zu schlagen,
ohne die Kirche dabei selbst zu treffen. Diese Spezifik erfordert
wegen ihrer politischen Brisanz, daß alle operativen Maßnahmen
bis hin zu Werbeabsichten, die die Kirche berühren, mit dem Leiter
der Abteilung XX bzw. den Koordinierungsoffizieren abgestimmt
werden müssen. Das Primat der Politik und hier insbesondere der
wissenschaftlichen, marxistisch-leninistischen Politik unserer
Partei gegenüber den Kirchen, muß ständig und jederzeit gewahrt
werden.